

Nr. **XIX.GP.NR.**
732 1J
1995 -03- 10

ANFRAGE

der Abgeordneten Wallner
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt
betreffend Reststoffverwertungsanlage der Firma ENAGES in Niklasdorf

Wenige Tage vor Inkrafttreten des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes hat die Firma ENAGES eine Müllverbrennungsanlage zur Reststoffverwertung in Niklasdorf zur Genehmigung eingereicht. Den Planungen zufolge handelt es sich um eine Wirbelschichtverbrennungsanlage mit integrierter Rauchgasreinigung und Rückstandsbehandlung. Die dort zu behandelnden Abfälle sollen Reststoffe, Kunststoffe, Altholz in stückiger Form sowie Klärschlämme und Rejecte aus der Biererzeugung eingesetzt werden. Vom Anlagenbetreiber wird argumentiert, daß keine gefährlichen Abfälle in der Anlage eingesetzt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesminister für Umwelt daher nachstehende

Anfrage:

1. Sind Sie über das Projekt einer thermischen Reststoffverwertungsanlage, die durch die Firma ENAGES in Niklasdorf errichtet werden soll, informiert?
2. Haben Sie an die Firma ENAGES das der Anfrage beigefügte Schreiben übermittelt, in dem Sie der Firma ENAGES mitteilen: "Der von Ihnen eingeschlagene Weg, nämlich die Bevölkerung bereits im Planungsstadium einzubinden sowie entsprechend zu informieren, entspricht den grundsätzlichen Vorgaben des UVP-Gesetzes. Abschließend darf angemerkt werden, daß die Errichtung von thermischen Behandlungsanlagen für Abfälle seitens des Ressorts befürwortet wird."
3. Wann haben Sie dieses Schreiben an die Firma ENAGES gerichtet?

4. Sind Sie tatsächlich der Meinung, daß die von der Firma ENAGES gewählte Vorgangsweise, nämlich nur wenige Tage vor dem Inkrafttreten des UVP-Gesetzes den Antrag auf Genehmigung einer thermischen Reststoffverwertungsanlage gemäß Abfallwirtschaftsgesetz zu stellen, mit einer Verfahrensabwicklung nach dem UVP-Gesetz tatsächlich gleichwertig ist?
5. Erachten Sie die von der Firma ENAGES in Aussicht gestellte Umweltverträglichkeitserklärung, die gemäß den Planungen bis Jahresmitte 1995 abgeschlossen sein soll, ebenso wirksam für die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung wie eine Umweltverträglichkeitsprüfung?
6. In welcher Form kann die Parteistellung der Bevölkerung im gegenständlichen Verfahren tatsächlich gleichwertig der Parteistellung im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sein?
7. Auf welchen gesetzlichen Grundlagen werden die Grenzwerte für die Emissionen dieser Anlage bestimmt?
8. Die Firma ENAGES behauptet in ihren Informationsbroschüren, daß die Umwelt von dieser thermischen Reststoffverwertungsanlage profitiert.
Können Sie diese Aussagen der anlagenwerbenden Firma bestätigen?
9. Ist gemäß Ihren Informationen über die Lage, die Meteorologie, die bestehende Hintergrundbelastung etc. Niklasdorf überhaupt ein geeigneter Standort für eine thermische Reststoffverwertungsanlage?
10. Nach den Angaben des Bürgermeisters der Marktgemeinde Frohnleiten - die im übrigen Miteigentümer der Firma ENAGES ist - ist ein identisches Projekt, das in der Gemeinde Frohnleiten errichtet werden sollte, "ökologisch nicht machbar".
Stufen Sie dasselbe Projekt in Niklasdorf als "ökologisch machbar" ein?
Wenn ja, warum ist dasselbe Projekt in Frohnleiten nicht "ökologisch machbar", in Niklasdorf jedoch schon?
Bestehen für diese Unterscheidung wissenschaftlich fundierte Grundlagen, ist beispielsweise die Luft im Raum Frohnleiten stärker belastet als jene im Großraum Leoben - Bruck an der Mur?
11. Ist Ihnen bekannt, daß der für die Umweltblange der Steiermark zuständige Landesrat Erich Pöltl ein mehrjähriges regionales Luftgütesanierungsprogramm für den Raum Leoben in die Regierungssitzung der Landesregierung eingebracht hat?

12. Sind Ihnen die einzelnen Maßnahmen dieses Sanierungsprogrammes bekannt?
13. Welche Investitionen sind zur Realisierung dieses Maßnahmenkataloges erforderlich?
14. Nach Aussagen von Landesrat Pörtl kommen dafür sowohl Bundesgelder als auch EU-Förderungen in Frage.
Ist Landesrat Pörtl bereits an Sie herangetreten, damit dieses Luftsicherungsprogramm der Industrieregion Leoben - Bruck aus Geldern des Bundes und aus Mitteln der EU gefördert wird?
15. Wissen Sie, daß mehr als 10.000 Einwohner der Anrainergemeinden, die Gemeinderäte der Gemeinden Niklasdorf, Leoben, Proleb und Oberaich sich, genauso wie beinahe sämtliche Ärzte des Bezirkes Leoben, gegen das ENAGES-Projekt in Niklasdorf ausgesprochen haben?